



Wolfgang Löhr:

Der KV und der Antisemitismus

Vor einem halben Jahr stellte der Münchner Historiker Horst Möller auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern die verblüffende Frage „Wem gehört eigentlich die Geschichte: den Zeitgenossen, den Archivaren, den Historikern, den Politikern, den Amateuren, der Gesellschaft?“ Er zögerte mit der Antwort und stellte dann lapidar fest: „den Medien“. Als Begründung nannte er den großen Erfolg eines wissenschaftlich fragwürdigen Buchs des jungen amerikanischen Soziologen und Politologen Daniel Jonah Goldhagen mit dem bezeichnenden Titel „Hitlers willige Vollstrecker“. Dieses von vielen Fachleuten als medioker eingestufte Werk besitzt hohen Sensationswert und gibt eine einfache Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Holocausts: Die damaligen Deutschen als Gesamtheit sind schuldig, weil sie sich dem eliminatorischen Antisemitismus nicht widersetzen. Dabei bedient sich Goldhagen, wie der Frankfurter Journalist Ulrich Raulff überzeugend darlegte, einer Ästhetik des Grauens, um seine These zu untermauern. Sein Buch gleicht nach Raulff so teilweise weniger einer klassischen historischen Abhandlung als einem verkappten Filmmanuskript. Und das spricht die Leser an, vor allem solche, die mit ihren Vätern und Großvätern abrechnen wollen. Es sind jene, die heute wissen, was die Zeitgenossen damals hätten tun sollen und dabei vergessen, daß wir heute in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und nicht in einem Polizeistaat leben. Diese „nachgeholte Empörung“, von der der Philosoph Hermann Lübbe jüngst sprach, soll bei unserem Thema vermieden werden. Als Historiker bin ich kein Richter, der verurteilt. Ich kann nur die Fakten nennen, sie werten, dabei differenzieren und auf Hintergründe verweisen. „Der Historiker“, und hier zitiere ich nochmals Horst Möller, „ist auch kein Theologe. Er gibt keine letzten Antworten.“ Schließlich kann er nicht sagen, „wie das Böse überhaupt in die Welt gekommen ist und warum es über alle Generationen und über Jahrtausende hinweg in ihr bleibt.“ Er kann freilich auf Ursachen und Entwicklungen hinweisen. Damit sind wir mitten in unserem heutigen Thema, bei dem den Fragen nachzugehen ist, wie es zu der Einführung des Arierparagraphen im KV als einer typischen und offenkundigen antisemitischen Maßnahme kam, ob es Vorzeichen dafür und ob es Reaktionen darauf gab, und schließlich, wie wir damit heute umgehen sollten.

Um es schon jetzt zu sagen: Sensationen à la Goldhagen kann ich nicht bieten. Und

eine weitere Feststellung: Im KV ist vor 1919 weder von einem offenen noch von einem latenten Antisemitismus zu berichten. Das ergibt eine Durchsicht der seit 1888 erscheinenden „Akademischen Monatsblätter“, dem Organ des Verbandes.

Im KV ist vor 1919 weder von einem offenen noch von einem latenten Antisemitismus zu berichten.

Das entsprach der Haltung des im KV hoch verehrten Ludwig Windthorst, der als Führer des politischen Katholizismus Toleranz für alle und erst recht für Minderheiten forderte. Es gab aber gleichfalls „auch auf katholischer Seite sozial (nicht rassisch) bedingte antijüdische Aversionen“ (R. Schatz). Davon war im KV nichts zu spüren. Er schwamm wie Windthorst gegen den Strom. Daß es hätte anders kommen können, zeigt der politische Katholizismus Österreichs, aus dessen Reihen der Autor der beiden einzigen antisemitischen Artikel in den „Akademischen Monatsblättern“ kam, die nach Hitlers Machtübernahme erschienen. Aber ich habe der Entwicklung vorgegriffen. Erst 1919 – und dieses Datum ist kein Zufall – wird ein Artikel publiziert, der sich, wie er es nennt, mit dem „völkischen Fühlen“ befaßt. Verfasser ist der in Beuthen in Oberschlesien lebende Gymnasiallehrer Josef Nastainczyk, der nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg „Von der Pflege unseres geistigen Volks-

tums“ schreibt. Der Autor beruft sich auf den sogenannten Rembrandtdeutschen Julius Langbehn, dem der rechtsgerichtete Germanist Josef Nadler schon vor der NS-Zeit „nordisches Rassenbewußtsein und Herrenstolz“ bescheinigte. Nastainczyk zitiert ferner Paul de Lagarde, einen Wegbereiter des modernen Antisemitismus, der die Juden zum „Ungeziefer“ rechnete, das zu vernichten war. Paul de Lagarde wird wie der zum Katholizismus konvertierte Langbehn zu den Rassenantisemiten gezählt. Langbehn blieb als Katholik freilich in diesem Kreis eine Ausnahme. Natürlich fehlte bei Nastainczyk auch nicht Arthur Graf Gobineau, der Vater des rassischen Antisemitismus, der nach Meinung des Autors erhärtet habe, „daß die germanische Rasse von der Natur auffallend bevorzugt, besonders in geistigen Dingen mit überragenden Fähigkeiten ausgestattet und somit zur Führung unter den Völkern berufen“ sei. Auffallend an diesem Aufsatz ist das Fehlen jeder erkennbar antisemitischen Äußerung oder entsprechender Zitate. Das Wort Jude sucht der Leser vergeblich. Eine Reaktion auf diesen Artikel ist nicht bekannt. Er blieb ohne Nachfolger. Seit den 20er Jahre erschienen statt dessen auf Veranlassung der Verbandsführung regelmäßig Beiträge, die sich mit dem völkischen und rechtsradikalen Hochschulring deutscher Art auseinandersetzten. Autoren waren zunächst Walter Hensel und danach August Fischer. In die Debatte griff ferner der Verbandsgeschäftsführer, der Bonner Rechtsanwalt Johannes Henry, ein. Er veröffentlichte im „Schwarzen Brett“ der „Akademischen Monatsblätter“ einen Schriftwechsel mit seinem Bundesbruder Martin Spahn, Professor in Köln und am politischen Kolleg in Berlin tätig. Darin überführte er Spahn, der für den Hochschulring sprach, nicht nur der Unwahrheit, sondern deckte die wahren Absichten des Hochschulrings auf. Für Henry stand zweifelsfrei fest, daß dieser Verband „mit dem reinen vaterländischen Idealismus und der Begeisterungsfähigkeit“ der akademischen Jugend Mißbrauch treibe. Henry gab aber zu, daß er noch zwei Jahre zuvor auf der Vertreterversammlung in Köln 1922 für den Hochschulring eingetreten war, „allerdings in einer heute von mir bedauerten Kurzsichtigkeit“, fügte er hinzu. Hensel schrieb gegen den Hochschulring vor allem wegen seiner antichristlichen Tendenzen. Trotz eines gemäßigten, d. h. wirtschaft-



KV-Akademie
KARTELLVERBAND
KATHOLISCHER
DEUTSCHER
STUDENTENVEREINE

Auf dem Weg in das
dritte Jahrtausend

**Juden – Unsere älteren
Brüder im Glauben**

– Was haben die Juden mit der
christlichen Ökumene zu tun? –



lichen Antisemitismus, der ihm anerkennen war — darüber berichtete Hensel später selber — war er ein Gegner des Arierparagraphen, der schon nach 1919 in das deutsche Studentenrecht eingearbeitet werden sollte. „Nicht nur“, so lesen wir in seinen Erinnerungen, die er 1941 abfaßte, „daß es mir ein Zeichen der Schwäche und des Gefühls der Unterlegenheit gegenüber der jüdischen Rasse zu sein schien, wenn man dieser gegenüber nicht mehr durch fachliche Leistung, sondern mit dem groben Mittel des *numerus clausus* glaubte in Konkurrenz treten zu können. Entscheidender noch war die Erkenntnis, daß — wenn erst an einer Stelle das Prinzip des gleichen Rechtes für alle Staatsbürger durchbrochen war — dann die Diffamierung anderer unbequemer Schichten im Volke keine Hemmungen mehr finden werde.“ Deshalb warnte er davor in Windthorst'scher Tradition mit dem einprägsamen Satz: „Erst die Juden, dann die Katholiken!“

Nicht nur der völkische Hochschulring stand im Mittelpunkt der Kritik der „Akademischen Monatsblätter“, sondern auch der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund und die NSDAP. Als einer der herausragenden Beiträge sei auf einen längeren Artikel aus dem Jahre 1932 verwiesen, verfaßt von dem Jesuitenpater und dem Herausgeber der Kulturzeitschrift „Der Gral“, Friedrich Muckermann. Darin rief der Autor, der als Ehrenmitglied dreier Korporationen des Verbandes bei den Studenten gut bekannt war, zu einer „positiven Überwindung des Nationalsozialismus“ auf. Er sei ein Schrittmacher des Bolschewismus, dessen Menschenverachtung Muckermann, als er aus Litauen 1918 von den einrückenden Bolschewiki nach Rußland verschleppt worden war, am eigenen Leib erfahren hatte. Muckermann warnte des-

halb vor dem heraufziehenden Unheil und entlarvte den Nationalsozialismus als einen Mythos, der sich der Vernunft versage und eine unwissenschaftliche Rassenlehre verbreite. Den Antisemitismus der NS-Zeitungen und Zeitschriften hielt er für eine Kulturschande.

Diese Linie hat Muckermann übrigens in den Niederlanden, in die er 1934 vor den Nationalsozialisten fliehen mußte, in seiner Zeitschrift „Der deutsche Weg“ durchgehalten. Nach dem 2. Weltkrieg, dessen Ende er in der Schweiz erlebte, hat er nachdrücklich der Kollektivschuldthese der Deutschen widersprochen.

Ähnlich wie Friedrich Muckermann verurteilte auch der Jurist Felix Otte aus Breslau 1932 in den „Akademischen Monatsblättern“ den nationalsozialistischen Rassengedanken und stellte heraus, daß die rassenideologischen Grundsätze eines de Lagarde und Gobineau nicht mit der katholischen Weltanschauung und ihrer Lehre von der gleichen Wesenheit aller Menschen vereinbar sei. Alle Menschen, so faßte er zusammen, haben dieselben wesentlichen Rechte und Pflichten. Dieser Artikel ist quasi eine späte Antwort auf den Beitrag von Nastainczyk von 1919.

1932 wurde ebenfalls auf dem Philistertag in Würzburg über den Nationalsozialismus gesprochen. Aus der dort gehaltenen Rede des jungen Historikers Götz von Pölnitz ist für unser Thema festzuhalten, daß er erklärte, die fanatische Rassenideologie der Nationalsozialisten sei mit dem Christentum unvereinbar. Dies hatte auch Otte gesagt und war fast einhellige Meinung im KV, weshalb die Verbandsspitze u. a. aus diesem Grund im Dezember 1930 eine Zugehörigkeit zur NSDAP den KVern untersagte.

Halten wir hier einmal inne und kommen auf eine eingangs gestellte Frage zurück. Sie lautete: Gab es Vorzeichen, die auf die Einführung des Arierparagraphen im KV aufgrund eines erkennbaren Antisemitismus im Verbandsorgan oder bei den Mitgliedern hindeuteten? Die Antwort lautet schlicht: Nein.

Gab es Vorzeichen, die auf die Einführung des Arierparagraphen im KV auf Grund eines erkennbaren Antisemitismus im Verbandsorgan oder bei den Mitgliedern hindeuteten?

Nach diesem Befund ist es um so erstaunlicher, daß am 5. Mai 1933 der Vorortsvorsitzende Konstantin Hank neben anderen Maßnahmen den Arierparagraphen einführte. Der KV war mit gleichem Datum gleichgeschaltet, d. h., der NSDAP gefügig gemacht worden. Hank hatte sich, um anderen das Feld nicht zu räumen, im Glauben, Schlimmeres zu verhüten, zum Verbandsführer erklärt. Davon konnten die

27. Würzburger KV-Tage:

„Juden — Unsere älteren Brüder im Glauben“

Die 27. Würzburger KV-Tage fanden vom 10. — 12. Januar 1997 zu dem Thema „Juden — Unsere älteren Brüder im Glauben — Was haben die Juden mit der christlichen Ökumene zu tun?“ statt. Unter der Leitung des Vorsitzenden des Altherrenbundes Kb Klaus Gierse nahmen 70 Kartellbrüder und Gäste an den Vorträgen und Diskussionen teil. Da die Vorträge in einem unserer KV-Sonderdrucke erscheinen werden, begnügen wir uns damit, den für uns besonders wichtigen Beitrag von Kb Dr. Löhr zum Thema „Der KV und der Antisemitismus“ in diesem Heft der AM abzudrucken.

Zu den übrigen Vorträgen nur einige Hinweise:

Dr. Itzhak Markus (Jerusalem) sprach zum Thema „Die Verheißung an das Volk Israel — Geschichte und Realisation heute“. Nach seiner Auffassung sollte die Gesellschaft durch die Eintracht von Mensch und Natur geprägt sein. Nur dann sei man der Verwirklichung von Gottes Verheißungen einen „winzig kleinen Schritt“ nähergekommen. Gefahr drohe dem Weltfrieden allerdings durch Radikale und Extremisten, die die Bibel oder Gottes Verheißungen „einseitig“ interpretierten.

Für Prof. Dr. Frank Mußner darf die Ökumene nicht bei innerkirchlichen Problemen stehen bleiben. „Seit Auschwitz gehört die jüdische Religion zur ökumenischen Frage.“ Jahrhundertlang habe die katholische Kirche einen Antijudaismus praktiziert. Erst das II. Vatikanische Konzil habe damit „aufgeräumt“ und festgestellt, daß die Juden keine „Gottesmörder“ waren. Im Hinblick auf das Jubiläum im Jahre 2000 sei es notwendig, auch Gespräche mit dem Islam aufzunehmen, da auch Muslime gemäß der Bibel „Söhne Abrahams“ seien. Der Vorsteher der jüdischen Kultusgemeinde bei den Amerikanischen Streitkräften in Würzburg, Israel Schwierz, sprach über die „Situation der Juden in Deutschland heute“. Seit 1989 sei die Zahl der in 76 Gemeinden zusammengeschlossenen Juden in Deutschland vor allem durch die Kontingentflüchtlinge aus der einstigen Sowjetunion auf 60 000 gewachsen. Die so entstandenen Probleme wie Mangel an Räumen, Unterrichtsmaterialien oder Lehrern müßten jetzt von den Gemeinden gelöst werden. Ein Abfall vom jüdischen Glauben drohe allerdings angesichts einer wachsenden Angleichung an die Gesellschaft. Für Schwierz ist eine Mischehe nicht akzeptabel. Durch die Heirat eines Juden mit einer Nichtjüdischen höre das Judentum auf, in der Familie zu existieren. „Nur der ist ein Jude, der eine jüdische Mutter hat.“

KVer in der Synagoge.





KVer aus der Zeitung erfahren. Von der Einführung des Arierprinzips und anderer Veränderungen informierte die Kartellvereine, Philisterzirkel und Amtsträger ein auf den 5. Mai 1933 datiertes Rundschreiben. Der einfache KVer mußte bis zum Juni warten, bis darüber im „Schwarzen Brett“ berichtet wurde. Er mußte erkennen, daß von der bis 1933 durchgehaltenen „Nicht-verfügbarkeit“ des KVs für den Nationalsozialismus jedenfalls nach außen nichts übriggeblieben war.

Die Annahme des Arierparagraphen, wonach Juden und von Juden Abstammenden, wobei es sich beim KV um konvertierte Juden und deren Nachkommen nur handeln konnte, eine Aufnahme in den KV verwehrt wurde, war unserem Verband wesensfremd, hatte aber bei den Burschenschaften, vor allem in Österreich, eine bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zurückreichende Tradition, die 1889 zum Gebot einer sog. Arierisierung aller österreichischen Burschenschaften führte. 1896 erklärten sich schließlich sowohl die österreichischen wie auch die deutschen Burschenschaften für *judenrein* und verweigerten Juden die Satisfaktion. 1919 wurde der Arierparagraph auf die mit Juden verheirateten Personen ausgedehnt. Wie die Burschenschaften handelten auch andere Verbände, vor allem der Waffenstudenten. Nach 1918 gab es in Österreich auch katholische Korporationen, die getauften Juden die Aufnahme verweigerten. Daß der KV sich dem im Mai 1933 anschloß, hatte wohl taktische Gründe. So teilte der den Verbandsführer heftig kritisierende Bochumer Architekt Bernhard Wielers dem bereits erwähnten Johannes Henry (am 9. Mai 1933) mit: „Auf Anordnung der *Regierung* müssen unsere Korporationen und der Verband bis zum 15. Mai insofern umlernen, als das arische Prinzip aufgenommen wird. Diese Verpflichtung ist für sämtliche Studentenverbände die glei-

che, andernfalls werden sie am 16. Mai aufgelöst. An diesem Faktum ist nicht vorbeizukommen.“ Ein Wort des Bedauerns fehlt bei Wielers. Ähnlich äußerte sich Konstantin Hank in einem Brief (vom 2. Juni 1933) an Henry: Wegen des arischen Prinzips sei vom Deutschen Studentenbund, der ganz in den Händen der Nationalsozialisten war, an den KV herangetreten worden. In Tübingen sei das arische Prinzip ebenfalls Voraussetzung für eine Mitarbeit in der studentischen Verwaltung. „Wir glaubten daher“, so schrieb er wörtlich, „nicht zögern zu dürfen, auch in der Verbandsverfassung dieses Prinzip möglichst rasch zu verankern.“ Man habe sich aber bewußt „auf die formelle Satzungsänderung beschränkt“ und werde dies nicht ändern, wenn es nicht eine amtliche Stelle ausdrücklich verlange. Dies wird vermutlich spätestens im Juli geschehen sein, als festgelegt wurde, „daß bei Neuaufnahmen die arische Abstammung auf drei Generationen zurück zu prüfen“ sei und bei „Nichtariern, die bereits Verbandsangehörige“ seien, sollten „mindestens die Bestimmungen des Beamtengesetzes“ eingehalten werden, wonach Frontkämpfer ausgenommen wurden. Wie peinlich Hank die Sache war, ersieht man aus dem Zusatz in einem Rundschreiben (vom 22. Juli 1933), in dem es heißt: „Die Trennung von nichtarischen Kartellbrüdern — es dürften nur wenige sein — soll möglichst in freundschaftlicher Form erfolgen.“ Aber man nahm es hin, da ja nur wenige davon betroffen waren. Wieviele Kartellbrüder daraufhin freundschaftlich entlassen wurden oder austraten, wissen wir nicht. Ich kenne nur einen Fall, bei dem alles für eine Entlassung spricht, aber auch zwei andere, die zeigen, daß nichts geschah. Letzteres nimmt auch eine vor kurzem erschienene Festschrift für eine Bonner Korporation an. Danach berichtete der Korporationsführer der Bonner Rheno-Borussia, der Kölner Zahnarzt Peter

Juden und Christen

Die Behandlung von Juden und Judentum im 1992 erschienenen Katechismus der katholischen Kirche hat der Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) untersucht.

In seiner Stellungnahme erkennt der Gesprächskreis „Juden und Christen“ an, daß der Katechismus dort, wo er direkt auf das Judentum zu sprechen kommt, nicht hinter die vom Zweiten Vatikanischen Konzil über die Juden und das Verhältnis der Kirche zum Judentum getroffenen Aussagen zurückfällt.

Trotzdem bleibe der Katechismus hinter den Erwartungen, die man bei dieser zentralen Glaubensfrage an ihn stellen müsse, zurück. So kritisiert der Gesprächskreis beispielsweise das Fehlen einer angemessenen positiven Darstellung des Judentums als der ältesten Schwester des Christentums. Auch sei weder von der Gottes- und Nächstenliebe als Zentrum jüdischer Existenz noch von der Wertschätzung der Thora, von der Heiligung des göttlichen Namens und der Heiligung des Alltags auch im nachbiblischen Judentum die Rede. Weiterhin fehle im Katechismus das Bemühen, das Jüdische im Christentum aufzuzeigen. Wo dies geschehe, drohe für die Leser des Katechismus das Judentum seinen Eigenwert zu verlieren oder zur Vorstufe des Christentums zu werden.

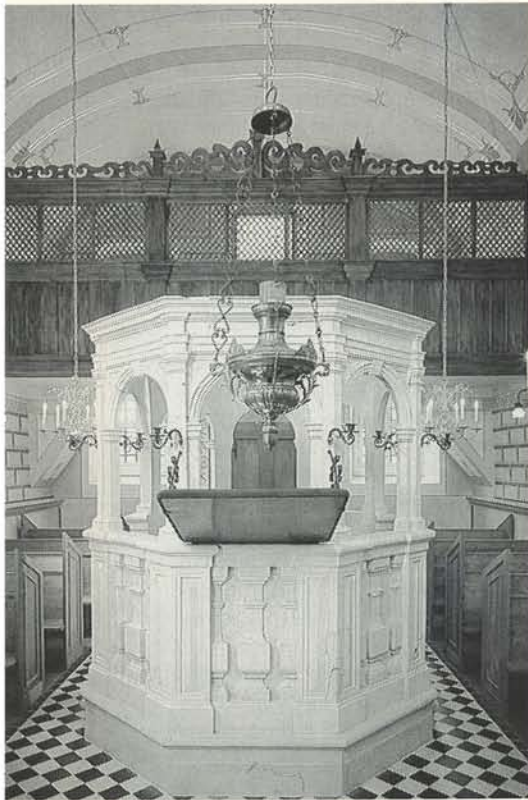
Die Stellungnahme nennt darüber hinaus drei weitere Felder, auf denen es dem Katechismus der katholischen Kirche nicht gelungen sei, den Erneuerungswillen der Kirche umfassend zu realisieren.

So erscheine das Verhältnis der beiden Testamente der einen christlichen Bibel im Zwielicht. Wenn die Hebräische Bibel als unvollkommene Vorform zum Neuen Testament gedeutet werde, sei dies eine mildere Form der Enterbung Israels.

Weiterhin sei versäumt worden, auf die Schuldgeschichte der früheren Katechismen hinzuweisen, ihre Auswirkungen zu benennen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Nicht zuletzt vermißt der Gesprächskreis „Juden und Christen“ im Katechismus einen Hinweis auf das erneuerte Verhältnis von Juden und Christen als Zeichen der Hoffnung inmitten einer unerlöst scheinenden Welt und als Herausforderung zu getrennt-gemeinsamer Arbeit für das Kommen des Gottesreiches.

KVer in der Synagoge.





Aus der Synagoge Veitshöchheim
Lesekanzel (Bima, Almemor), um 1730



Aus der Synagoge Veitshöchheim
Thoraschrein (Aron Hakodesch), um 1730

Endres: „Nicht Rein-Arier sind bei uns mit dem Erhalt eines KV-Rundschreibens von Mitte Juli 1935 spätestens bis zum 31. August 1935 automatisch entlassen.“ Ob es sich dabei um „die kaltblütige Ausführung des Befehls von oben“ handelte, fragt die Festschrift weiter und meint: „Solches will nicht recht ins Gesamtbild passen.“ Außerdem sei über Ausschluß oder Austritt von sog. nichtarischen Bundesbrüdern nichts bekannt. Über eine Diskussion der „Rassenzugehörigkeit“ und die Überprüfung der Bundesbrüder sei ferner nichts überliefert. Deshalb sei die obige Bemerkung des Korporationsführers offensichtlich nicht mehr als eine unverbindliche „Vollzugsmeldung“ an die Verbandsführung.

Doch war mit der Einführung des Arierparagraphen eine Schleuse geöffnet. Nun erschienen in den „Akademischen Monatsblättern“ die bereits erwähnten zwei antisemitischen Artikel von Franz Max Wöb aus Innsbruck. Im ersten wurden die jüdischen Wiener Literaten erwähnt und als „jüdische Literaturbastarde“ diffamiert, die versuchten, „sich selbst und ein verwachsenes, demoralisiertes Wienertum als den österreichischen Menschen hinzustellen und so den Deutschen Österreichs vor der ganzen Welt zu entwürdigen.“ Da wird Oberösterreich gelobt, „das Deutschland seinen Führer und Reichskanzler gab.“ Wien, so wird bedauert, besäße halb

Aufmerksame Zuhörer bei einem brisanten Thema



so viele Juden wie das ganze Deutsche Reich, deshalb könne die Stadt „aus nur alpenländischem Blut nicht mehr erneuert werden.“ In dem zweiten Artikel wird Adolf Hitler zitiert: „Als Antisemit und Todfeind des Marxismus habe ich Wien verlassen.“ Der Autor behauptete nun, es gebe einen „geheimen Plan der Juden...“ aus dem gegenwärtigen Österreich einen Judenstaat zu machen. „Österreich solle „ein ideeller Judenschutzpark werden.“ Ferner werde durch getaufte Juden „immer wieder jüdischer Ungeist in die weitesten Kreise getragen.“ Hier wird für jeden deutlich, daß der Autor einen rein rassistischen und keinen religiösen Antisemitismus meinte. Was mit den Juden geschehen sollte, bleibt offen. Das „deutsche Volkstum“ werde „den Juden dorthin verweisen, wohin er nach christlich-deutschem Recht“ gehöre, heißt es kryptisch. Da ist ein Aufsatz aus dem Jahr 1934 von Matthias Brinkmann, Professor an der Hochschule für Lehrerbildung in Beuthen, erheblich präziser. Er lobte den Zionismus, denn auch das Judentum verliere „seine Sonderwerte in der Rassenmischung.“ Der Autor empfahl also eine Auswanderung nach Palästina. Gar nicht in die Klischees des Antisemitismus paßte seine Bemerkung: „Es kann ein Mensch körperliche Eigenschaften des nordischen Typs besitzen und doch ein recht minderwertiger Mensch sein; Menschen anderer Rassen können demgegenüber äußerst hochwertig sein.“ Ob er wegen dieser Äußerung Schwierigkeiten bekommen hat, ist nicht bekannt.

Wie sollen wir mit der beschämenden Einführung des Arierparagraphen heute umgehen?

Kommen wir noch einmal auf drei Fragen zurück, die wir eingangs gestellt haben. Wir hatten bereits verdeutlicht, daß es Vorzeichen für die Einführung des Arierparagraphen als Merkmal des Antisemitismus im KV nicht gegeben hat. Wie es dazu kam, haben wir mit dem Hinweis auf taktische Erwägungen beantwortet. Als Reaktion darauf scheint sich wenig getan zu haben. Der einprägsame Satz von Hensel scheint niemandem eingefallen zu sein. Eine Austrittswelle ist nicht zu bemerken. Sie setzte übrigens erst mit der Aufgabe des Konfessionsprinzips 1934 unübersehbar ein.

Als letzte Frage bleibt noch: Wie sollen wir mit der beschämenden Einführung des Arierparagraphen heute umgehen? Daß die von Hermann Lübke beschriebene „nachgeholte Empörung“ fehlt am Platze ist, steht außer Frage. Ebenfalls sollten wir uns davor hüten, die damals Verantwortlichen undifferenziert als Versager zu qualifizieren. Viele von ihnen glaubten den Beteuerungen Adolf Hitlers und seiner Rede



zum positiven Christentum. Auch die katholischen Bischöfe hatten ihre Vorbehalte gegenüber den Nationalsozialisten am 28. März 1933 zurückgestellt. Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 tat ein übriges. Jetzt erwarteten viele Katholiken einen zusätzlichen Schutz vor jedweder staatlicher Willkür und stellten ihre Vorbehalte zunächst einmal zurück. Dennoch bleibt ein Unbehagen. Warum hat niemand gegen den krassen Verstoß gegen das Prinzip der Lebensfreundschaft durch die Einführung des Arierparagraphen und den geforderten anschließenden Ausschuß von Bundesbrüdern protestiert? Warum hat man lediglich die Anordnung ignoriert oder formal erledigt? Wir können es nicht mehr beantworten. Die damaligen verantwortlichen KVer sind tot. Aber, muß man fragen, warum haben sie nach 1945 darüber geschwiegen, anders als über die Gleichschaltung? Warum hat niemand von ihnen gesagt, was wir taten, war ein Fehler? Das meine ich nicht als Anklage oder als Vorwurf, es ist lediglich eine Anfrage. Doch müssen nicht auch wir uns fragen, wie hätten wir gehandelt? Wären wir mutiger als sie gewesen? Auf jeden Fall müssen wir die Last unserer Geschichte annehmen und die Wahrheit über die Vor-

kommnisse erforschen. „Die Geschichte annehmen“, so haben die deutschen Bischöfe aus Anlaß des 50. Jahrestages der Novemberpogrome von 1938 gesagt, „heißt sich ihrer Licht- und Schattenseiten zu stellen. Es hat ja unter der nationalsozialistischen Terrorherrschaft nicht nur Versagen und Schuld, sondern auch Bewährung und Mitgefühl mit den Opfern gegeben.“ Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur den mutigen Bekenner vor Hitlers Terrorgericht, Josef Wirmer. Er hat jüdische Mandanten weiter beraten und vertreten und wurde deshalb aus dem sogenannten Rechtswahrerbund ausgeschlossen. Als Mitglied der Verschwörung gegen Hitler ist er hingerichtet worden.

Wir müssen die Last unserer Geschichte annehmen und die Wahrheit über die Vorkommnisse erforschen.

Christian Graf Krockow erwähnt in seinem lesenswerten Bericht über seine Reise nach Pommern eine alte biblische Geschichte. „Abraham handelte mit Gott um die Gerechten in Sodom, handelte von fünfzig herab bis auf zehn. Und Gott sprach zu

Abraham: „Ich will sie nicht verderben um der zehn willen.“

Zu diesen Gerechten gehörte Wirmer. „Es gab noch manche andere“, so schreibt Graf Krockow, auch im KV, können wir hinzufügen und den Schlußsatz von Graf Krockow übernehmen: „Was als Hoffnung nun bleibt, gründet in ihnen.“

Vatikan erforscht sein „Gewissen“

Die katholische Kirche will ihr „Gewissen“ in Sachen Antisemitismus und Inquisition erforschen. Dazu sollen im Vatikan Ende dieses Jahres und Anfang 1998 Symposien stattfinden, erklärte der Vizepräsident der historisch-theologischen Kommission des Heilig-Jahr-Komitees, Monsignore Rino Fisichella. „Wenn es eine Schuld gegeben hat, wäre es richtig, um Verzeihung zu bitten“, sagte Fisichella. Vom 29. Oktober bis 2. November sollen Wissenschaftler verschiedener Religionen und Konfessionen die Ursprünge des Antisemitismus in der Kirchengeschichte untersuchen. 1998 werde ein Symposium über die Inquisition stattfinden. kna

Ein Aufruf an Christen und an Juden

Während seines Deutschland-Besuches im Sommer 1996 kam Papst Johannes Paul II. im Bernhard-Lichtenberg-Haus in Berlin auch mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, zusammen. Nachdem dieser in seiner Rede den christlich-jüdischen Dialog, den die katholische Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil pflegt, gewürdigt hatte, sagte der Papst unter anderem:

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, von der das kulturelle und wissenschaftliche Leben dieser Stadt so sehr geprägt blieb, hat in der dunklen Zeit des Nationalsozialismus einen hohen Blutzoll zahlen müssen und ist klein geworden. Dennoch ist sie auch heute sehr lebendig, und dies ist ein Zeichen untrüglicher Hoffnung. Das jüdische Volk ist durch seine Berufung und durch seine Geschichte in besonderer Weise erwählt worden, den Heilswillen Gottes für das ganze Menschengeschlecht kundzutun (vgl. Dei Verbum, 14). Das unvorstellbare Leiden Ihres Volkes hat in schrecklichster Weise jedoch ebenso deutlich gemacht, welches Unheil dort ent-

steht, wo der Mensch sich in eigenmächtiger Anmaßung und Überheblichkeit von seinem Gott und von dessen Geboten entfernt. Mit dem jüdischen Volk teilt die Christenheit den Glauben, daß Gott der Schöpfer der Welt und der Herr der Geschichte ist und der Mensch nach seinem Bilde geschaffen wurde, so wie es schon im ersten Buch der Bibel heißt: „Gott schuf also den Menschen als sein Abbild: als Abbild Gottes schuf er ihn.“...

Bei aller auf uns lastenden Erinnerung vergegenwärtigt der heutige Tag die kostbare historische Tatsache, daß Bernhard Lichtenberg bei seinem Einsatz für die Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes nicht allein war; dies zeigt das Engagement vieler Katholiken, die als einzelne oder in verschiedenen Gruppierungen unter Gefahr für ihr Leben aktiv, jedoch oft verborgen Hilfe geleistet haben. Hierzu gehört aber auch das Bemühen der kirchlichen Hierarchie, durch Protest und durch Hirtenworte jenes unmenschliche System in seinem schrecklichen Tun zu hindern.

Stellvertretend für die vielen, die Widerstand und Hilfe geleistet haben, sei in dieser Stadt nur erinnert an Margarete Sommer, die durch das „Hilfswerk für Nicht-

arier“ versuchte, verfolgte Mitmenschen vor dem Zugriff der Nationalsozialisten in Schutz zu nehmen; an den großen Bischof von Berlin, Konrad Cardinal von Preysing, der den Widerstand gegen das Hitlerregime nach besten Kräften unterstützte, sowie an Maria Terwiel, eine junge Frau, die jüdischen Mitbürgern mit Personalpapieren und Lebensmittelkarten weiterhalf und zum Tode verurteilt wurde. Auch wenn es viele Priester und Laien waren, wie die Historiker mittlerweile aufgezeigt haben, die sich gegen dieses Terrorregime wandten und viele Formen des Widerstands sich auch im Alltag der Menschen regte, so waren es doch zu wenige. Ihnen allen gilt heute unser Dank und unsere Hochachtung. Ihr Beispiel und ihr Andenken bleiben uns aber nicht nur ein immerwährendes Vorbild. Sie sind gleichzeitig ein Aufruf an Christen wie an Juden, sich gemeinsam für die Würde aller Menschen einzusetzen, wo immer diese Würde auch heute noch oder wieder bedroht ist. Dazu gehört insbesondere der Einsatz gegen jegliche Form des Antisemitismus, damit Geschehnisse wie die „Shoah“ sich niemals mehr ereignen...